



Ein neuer Bericht des Kollektivs „Nos services publics“, veröffentlicht am 24. September, zeichnet ein alarmierendes Bild: Die öffentlichen Dienste Frankreichs sind „fragilisiert“ und müssen „tiefgreifend verändert“ werden, um „eine bewohnbare Erde zu erhalten“. Der Bericht hebt die Diskrepanz zwischen den sich verändernden sozialen Bedürfnissen und den unzureichenden Mitteln hervor, die den öffentlichen Diensten zur Verfügung stehen – eine Herausforderung, die sich durch die zunehmenden Umweltkrisen weiter verschärft.

Der wachsende Druck auf die öffentlichen Dienste

Öffentliche Dienstleistungen – Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr, Wohnungswesen – bilden das Rückgrat moderner Gesellschaften. Doch laut dem Bericht verläuft die Entwicklung der Dienstleistungen oft ohne Rücksicht auf die planetaren Grenzen. Beispielhaft dafür ist die Wasserpolitik, die sich überwiegend auf den kurzfristigen Bedarf der Menschen konzentriert, anstatt die Bedürfnisse der natürlichen Ökosysteme zu berücksichtigen, von denen unsere Zukunft abhängt. Lösungen, die auf natürlichen Prozessen beruhen und langfristige Wasserregulierung anstreben, sind laut dem Bericht nach wie vor zu selten.

In vielen Bereichen sind öffentliche Dienstleistungen nicht auf die ökologischen Herausforderungen ausgerichtet, die sie in den kommenden Jahren meistern müssen. Es ist, als ob man versuchen würde, mit einem alten Kompass in eine neue, unbekannte Welt zu navigieren. Der Kollektiv fordert daher nicht nur Anpassungen, sondern tiefgreifende, strukturelle Veränderungen.

Transport - Ein weiter Weg zur Nachhaltigkeit

Ein zentrales Problemfeld sind die Verkehrsdienste. Seit 1960 haben sich die zurückgelegten Strecken in Frankreich verfünffacht, und 80% dieser Mobilität basieren auf dem privaten Automobil. Verantwortlich dafür sind städtische Planungen, die die Entfernungen zwischen Wohnort, Arbeitsplatz und Einkaufsmöglichkeiten stetig vergrößert haben.

Der Bericht kritisiert den Ansatz, die Reduzierung der Treibhausgasemissionen hauptsächlich durch die Förderung von Elektrofahrzeugen erreichen zu wollen, ohne darüber nachzudenken, wie die Abhängigkeit vom Auto insgesamt gesenkt werden könnte. Die Lösung könnte in der „Relokalisierung“ von Aktivitäten liegen – kürzere Wege und eine Rückkehr zu lokaleren Lebens- und Arbeitsstrukturen. Doch statt den Fokus darauf zu legen, wird die Elektrifizierung des Verkehrs vorangetrieben, ohne das grundsätzliche Problem der Autonutzung anzugehen.

Sollten wir uns wirklich nur auf technologische Innovationen wie Elektroautos verlassen, oder



wäre eine Neugestaltung unserer Städte und Gemeinden der nachhaltigere Weg?

Schwache Regulierung und ineffektive Finanzhilfen

Der Bericht hebt auch hervor, dass die öffentliche Hand zunehmend die Fähigkeit zur wirksamen Regulierung verliert. Dies zeigt sich besonders in der großzügigen Verteilung öffentlicher Mittel, die oft ohne klare Gegenleistungen gewährt werden. Ein markantes Beispiel sind die sinkenden Sozialbeiträge, von denen mittlerweile 90% der französischen Arbeitnehmer profitieren. Diese Erleichterungen haben jedoch an Effizienz eingebüßt, während ihre Kosten inzwischen mehr als 70 Milliarden Euro jährlich betragen.

Das bedeutet: Die öffentliche Hand unterstützt in großem Umfang, aber oft ohne klare Zielvorgaben oder Kontrollen, ob diese Mittel auch wirklich die gewünschten Ergebnisse bringen. Es ist wie Geld in ein marodes System zu pumpen, in der Hoffnung, dass es irgendwann wieder von selbst funktioniert.

Eine demokratische, ökologische und soziale Krise

Die Lage ist ernst. Der Bericht des Kollektivs warnt vor einer drohenden „demokratischen, ökologischen und sozialen Krise“, wenn die aktuellen Probleme nicht proaktiv und strategisch angegangen werden. Besonders im Zusammenhang mit der Umweltkrise stellt sich die Frage: Wie können wir sicherstellen, dass der Wandel nicht nur reaktiv erfolgt, sondern gestaltet wird?

Die Herausforderung besteht darin, Konflikte um Ressourcen – zum Beispiel Wasser oder Land – frühzeitig zu erkennen und durch eine Neuorganisation der Politik entschärfen zu können. Ein Nichtstun würde nur dazu führen, dass die negativen Auswirkungen der Klimakrise die sozialen Ungleichheiten weiter verschärfen.

Was der Bericht klar hervorhebt: Die öffentlichen Dienste haben das Potenzial, ein alternatives Fortschrittsmodell zu bieten, das auf universellen Rechten basiert und mit der ökologischen Dringlichkeit im Einklang steht. Sie könnten eine Antwort auf die immer weiter wachsende Kluft zwischen Reich und Arm sowie auf die ökologischen Krisen bieten – vorausgesetzt, sie werden in einer Weise reformiert, die den heutigen Herausforderungen gerecht wird.

Wie geht es weiter?

Die zentrale Botschaft des Berichts lautet, dass die Reformen nicht mehr nur eine Option



sind, sondern eine Notwendigkeit. Öffentliche Dienste müssen neu gedacht und besser finanziert werden, um sowohl soziale als auch ökologische Herausforderungen bewältigen zu können.

Dabei stehen wir jedoch vor einem Dilemma: Die traditionellen Strukturen der öffentlichen Dienste – von ihrer Planung bis zu ihrer Finanzierung – sind oft auf kurzfristige Bedürfnisse ausgerichtet und berücksichtigen selten die langfristigen ökologischen Folgen. Es ist, als ob man versucht, eine Brücke zu bauen, ohne die Erosion des Flusses zu berücksichtigen, über den sie führen soll.

Doch es gibt Hoffnung. Der Bericht betont, dass öffentliche Dienste nicht nur Probleme schaffen, sondern auch zur Lösung beitragen können – wenn sie richtig ausgerichtet und finanziert sind. Das bedeutet aber, dass wir uns von überholten Denkweisen verabschieden müssen, die den Fokus nur auf kurzfristige wirtschaftliche Vorteile legen. Es geht darum, eine Balance zu finden zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der Gesellschaft und den langfristigen Erfordernissen der Umwelt.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag?

Vielleicht steht uns sogar eine tiefgreifendere gesellschaftliche Transformation bevor. Die öffentlichen Dienste könnten das Rückgrat eines neuen Gesellschaftsvertrags bilden – eines, der universelle Rechte betont, der soziale und ökologische Bedürfnisse in Einklang bringt und der eine nachhaltigere, gerechtere Zukunft ermöglicht.

Dieser Weg wird nicht einfach sein. Es bedarf nicht nur politischer und wirtschaftlicher Veränderungen, sondern auch eines kulturellen Wandels. Die Art und Weise, wie wir Arbeit, Mobilität und den Zugang zu Ressourcen organisieren, muss neu überdacht werden. Vielleicht ist das größte Hindernis nicht die Finanzierung oder die Infrastruktur – sondern unsere Bereitschaft, uns auf einen neuen Weg einzulassen.

Doch eines ist klar: Die Reform der öffentlichen Dienste ist nicht nur eine Notwendigkeit für das Überleben unserer Gesellschaft, sondern auch eine Chance, eine gerechtere und umweltfreundlichere Zukunft zu gestalten.